

REVOLUTION INFOMAIL NR. 6 / 2011

Atomkatastrophe in Japan und Angriff auf Libyen

Die nächste Infomail erscheint in 2 Wochen (13. KW)



Liebe Leser_innen der REVOLUTION Infomail

in dieser Ausgabe unserer Infomail beschäftigen wir uns ausführlich mit der Situation in Japan. Ist der Tsunami eine Naturkatastrophe so ist der atomare GAU ganz klar Folge der kapitalistischen Energiepolitik. Die Folgen von Tschernobyl sind noch heute allgegenwärtig, auch die Katastrophe in Japan wird uns auf tragische Art und Weise im Gedächtnis bleiben.

Das zweite große Thema ist Libyen. Während im Bahrain und im Jemen die Demonstrationen und Revoluten blutig niedergeschlagen werden und die USA und andere westliche Länder dies stillschweigend hinnehmen wird Libyen jetzt bombardiert.

Im Gastartikel von Martin Suchanek (Gruppe Arbeitermacht) wird dargelegt warum wir von **REVOLUTION** die imperialistische Intervention verurteilen und trotzdem das Gaddafi-Regime nicht als *"antiimperialistisch"* oder *"sozialistisch"* verklären.
Schaut auch auf unserer Website vorbei, wir veröffentlichen immer wieder aktuelle Berichte und Statements sowie aktualisierte Artikel.

Wie immer viel Spaß beim lesen wünscht euch eure **REVOLUTION**-Zeitungsredaktion.

Lob und Kritik schickt ihr wie gewohnt an die folgende E-Mail-Adresse:
redaktion@onesolutionrevolution.de.



Großer Artikel zur Situation in Nordafrika und dem Nahen Osten. Außerdem Schwerpunkt: Faschismus!

Die aktuelle Revo-Zeitung

holt euch die aktuelle Zeitung bei eurer REVOLUTION Ortsgruppe, oder lest die Zeitung online!
www.onesolutionrevolution.de

Aktuelle Termine für 2011

REVOLUTION Treffen Freiburg
Jeden Dienstag um 18.00 Uhr im Geier (Belfortstraße 38).

21 .03. 2011, bundesweit
Kundgebung: "Fukushima ist überall - Atomausstieg jetzt!"

21 .03. 2011, Berlin-Schöneweide
18.00-18.30 Uhr, Freie Waldorfschule Berlin-Südost, Bruno-Bürgel-Weg 9-11

21 .03. 2011, Berlin
Täglich um 18.00 Uhr, Mahnwache vor dem Kanzleramt

21 .03. 2011, Berlin-Schöneweide
18.00-18.30 Uhr, Freie Waldorfschule Berlin-Südost, Bruno-Bürgel-Weg 9-11

21 .03. 2011, Berlin-Steglitz
18.00-20.00 Uhr, Hermann-Ehlers- Platz

21 .03. 2011, Berlin-Zehlendorf
18.00-20.00 Uhr, Mexicoplatz

21 .03. 2011, Freiburg i. Br.
18.00-19.00 Uhr Augustinerplatz

21 .03. 2011, Freiburg i. Br.
18.00-19.00 Uhr Augustinerplatz

21 .03. 2011, Kassel
18.00 Uhr Opernplatz

ALLE ANTI-AKW-TERMINE

21 .03. 2011, Stuttgart
14.00 Uhr Schloßplatz; vor Montagsdemo gegen Stuttgart 21. 17.00-18.00 Uhr, Schloßplatz: Speakers Corner: Ausstieg aus S21 und Atomkraft! 18.00 Uhr, Schloßplatz

01 .05. 2011, Kassel
Antikapitalistischer Block auf der 1. Mai Demonstration in Kassel.
Kundgebung mit Michael Sommer (bundesweite 1. Mai Feier des DGB findet in Kassel statt).

Weitere Termine: www.onesolutionrevolution.de



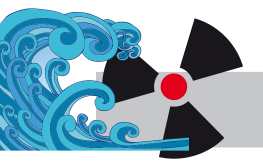
Mit zehntausenden Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet wollen wir am kommenden Samstag, den 26. März in vier Großstädten für das endgültige Aus der Atomenergie auf die Straße gehen.

Berlin: 12.00 Uhr, Potsdamer Platz

Hamburg: 12.00Uhr, Moorweide/Dammtor

Köln: 14.00 Uhr, Deutzer Werft

München: 14.00 Uhr, Odeonsplatz



Die Katastrophe in Japan ist eine Folge des kapitalistischen Systems!

Solidarität mit den Opfern – Kampf dem System!



Bild: DigitalGlobe

Japan wurde von einem krassen Erdbeben heimgesucht, dass eine verheerende Tsunami-Welle ausgelöst hat. Das Erdbeben und die Welle haben das Land verwüstet. Mittlerweile wird von über 7000 Toten gesprochen, über Zehntausend werden noch vermisst. Niemand weiß wirklich, wie viele Menschen gestorben sind.

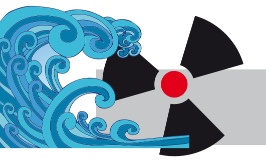
Denjenigen, die überlebt haben, bietet sich ein Bild des Schreckens. Viele haben alles verloren. Ganze Häuser, ja ganze Straßen und Dörfer wurden von der Flutwelle weggespült. Weite Teile des Landes sind komplett zerstört. Das wirkliche Ausmaß dieser Katastrophe ist wie immer noch nicht absehbar, und wird es wahrscheinlich auch noch lange bleiben, auch lange noch nachdem die Medien sich nicht mehr für das Thema interessieren werden.

Das Ausmaß der Zerstörung wird die Handlungsfähigkeit der Regierung in Japan unter Beweis stellen. Für sie ist es das wichtigste, den Kurs-Sturz der Börsenwerte zu verhindern und möglichst schnell die Produktion wieder in Gang zu setzen. Das unvorstellbare Leid der Zehntausenden Menschen spielt eine nachgeordnete Rolle! Es wird sich außerdem die Frage stellen, wer für die Schäden bezahlen soll. Kein Zweifel dass hier die japanische Regierung die Arbeiterklasse zur Kasse bitten wird, während die Kapitalist_innen vermutlich noch mit Subventionen gefüttert werden.

Doch als wäre ein Erdbeben und eine Tsunami-Welle noch nicht genug – Regierung und Stromkonzerne setzen noch einen drauf: (mindestens) eine Kernschmelze in einem Atomkraftwerk. Tatsächlich, das allerschlimmste, was passieren kann. Und das, was – wie uns immer wieder erzählt wird – eigentlich überhaupt gar nicht passieren kann. Tagelang reihten sich eine Hiobsbotschaft nach der anderen bezüglich der Kernkraftwerke Fukushima I und II aneinander. Erst hieß es, es gebe keine Gefahr, dann gab es eine Explosion in einem Reaktor von Fukushima I, danach wieder keine Gefahr, dann plötzlich doch eine *„geringe Kernschmelze“*. Und es ist auffällig, dass danach von *„erhöhter Strahlung“*, *„dramatischen Vorfällen“* und *„ausgebrochenen Feuern“* die Rede war. Das Wort Kernschmelze (oder auch fälschlicherweise *„Super-GAU“*) wurde nicht mehr erwähnt.

Die genaue Situation vor Ort ist unklar. Mittlerweile spricht die internationale Atomenergiebehörde IAEA davon, dass das Risiko einer Kernschmelze sinke. Wollen wir hoffen, dass das der Wahrheit entspricht und sie Recht behalten werden.

Was eine Kernschmelze in dem dicht besiedelten Japan, noch dazu in dieser Situation, bedeuten würde, das ist zu schrecklich um es sich vorstellen zu können. kiloweise radioaktives Material würde



freigesetzt werden. Mit Wind und Wasser wird es verteilt, es kann das Grund- und das Trinkwasser kontaminieren. Die *„Sperrzone“* von erst 10, dann 20 und mittlerweile 30 km ist reine Makulatur. Natürlich steigt die Strahlungsmenge, desto näher man sich dem ehemaligen Reaktor nähert – aber Wind und Wetter machen nicht vor einer Sperrzone halt. Dass die Regierung behauptet, es gehe keine Gefahr für die Bevölkerung aus, ist eine dreiste, zynische Lüge! Bereits winzige Mengen radioaktiven Materials könnten eine ernsthafte Gefahr für Tausende von Menschen bedeuten.

So wurde mittlerweile eingestanden, dass es zu radioaktivem Regen kommen kann und im Trinkwasser Tokios wurden *„erhöhte Strahlungsmengen von radioaktivem Jod“* nachgewiesen (www.tagesschau.de). Außerdem wurden in Lebensmitteln aus der Region um Fukushima erhöhte Radioaktivität festgestellt.

Ein unkontrolliertes Austreten einer viel größeren Menge an künstlich geschaffenem radioaktivem Material bei einer Kernschmelze – niemand kann wirklich sagen, was das bedeuten würde.

Noch heute leiden die Menschen in Hiroshima und Nagasaki unter den Folgen des Atombomben-Anschlags der USA am Ende des 2.Weltkriegs. Und noch heute leiden die Menschen in Tschernobyl und Umgebung unter den schrecklichen Folgen der ersten – und bislang einzigen – Kernschmelze eines AKW. Menschen werden schrecklich entstellt geboren, bekommen Krebs, sterben.

Noch heute gilt der Vorfall in Tschernobyl als *„Beweis“* für die Überlegenheit des Kapitalismus über den *„Kommunismus“*. Die dortige Kernschmelze wird meist mit dem dortigen System verbunden und erklärt. Hier, im kapitalistischen Westen, könne so etwas nicht passieren.

Jetzt ist das aber (fast) in Japan passiert. Moment mal, was war Japan noch gleich für ein Land? Japan, das ist nicht Nord-Korea. Das ist nicht ein böses *„kommunistisches“* Land, auch unseres Wissens nach kein erklärten *„Schurkenstaat“*. Nein, Japan ist eines der führenden Industrieländer der Welt, seit jeher Wirtschaftsstabilisator und G8-Mitglied – und, nebenbei gesagt, eine *„aufgeklärte Demokratie“*.

Unter diesem schrecklichen Vorfall wird klar, welch Lügen uns jeden Tag von Regierung, Kapital und Medien erzählt werden. Es stimmt, dass für die Kernschmelze in Tschernobyl ein technischer Defekt und eine riskante Betriebsführung die Ursache war, wohingegen jetzt in Japan ein Erdbeben zu dem Vorfall geführt hat. Aber was haben denn die Verantwortlichen gedacht? Dass ein Erdbeben vor einem AKW halt macht?

Deshalb tragen Regierung und AKW-Betreiber natürlich dennoch die volle Verantwortung! Genauso wie die Kernschmelze in Tschernobyl damals weltweit gezeigt hat, dass der Stalinismus ein marodes und beschissenes System ist, genauso zeigt das heute Fukushima über den Kapitalismus!

Die Atomkraft ist eine Technologie, die vor allem die fettesten Profite für die Energiekonzerne sichert. Aber wir sehen, wie sicher sie ist. Wie kann es sein, dass das Unpassierbare, das was nie passieren kann, was komplett ausgeschlossen ist, doch wieder passiert ist? Und vor allem – wie oft muss es noch passieren???

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu ein Schlag ins Gesicht, wenn Bundeskanzlerin Merkel ankündigt, dass die Atomkraftwerke in Deutschland *„überprüft“* werden sollen. Da ist gerade (fast) eine Kernschmelze passiert, und jetzt kommt die Regierung auf die Idee, dass man doch mal die Atomkraftwerke hierzulande überprüfen sollte?

Diese Regierung muss weg! Das ist offensichtlich. Sie wird auch weiterhin die Profite für die Energiekonzerne sicherstellen. Selbst wenn sie jetzt die Laufzeitverlängerung *„aussetzen“* wollen, was heißt das schon (ausgestrahlt jubelt schon wieder)? Nichts heißt das, bzw. es heißt, dass die Bevölkerung ruhig gestellt wird und alles schön weiter läuft! Dass jetzt *„erst mal“* ein paar AKW´s vom Netz sind ist ebenfalls nichts weiter als eine Ruhigstellungsmaßnahme. Es zeigt obendrein, dass es eine Lüge ist, dass die AKW´s dringend benötigt würden.

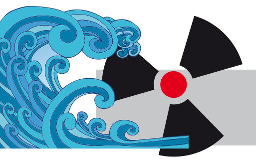




Bild: linksunten.indymedia.org

Doch RWE und Co. haben schon angekündigt, dass der Strompreis dadurch steigen wird. Und in ihrer Monopolstellung können die Energiekonzerne das auch machen! Und die Regierung schaut tatenlos zu.

Die Frage der Atomenergie ist nicht nur eine Frage der *„richtigen“* oder *„falschen“* Energiepolitik oder der *„guten“* oder *„bösen“* Anbieter. Es ist eine Frage der Organisation der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die Energiekonzerne müssen enteignet werden! Jetzt sofort! Sie müssen enteignet und unter die Verwaltung und Kontrolle der arbeitenden Menschen gestellt werden. Nur Gremien der Arbeiterklasse, Räte, in denen sowohl gewählte Vertreter_innen der Kraftwerke, der Gewerkschaften und anderer Bereiche arbeiten, können sicherstellen, dass die Energieproduktion künftig nach menschlichen Bedürfnissen, und nicht nach Profit-Interessen ausgerichtet wird.

Und natürlich müssen wir weg von der Atomkraft! Die Atomkraftwerke müssen abgeschaltet werden, ohne wenn und aber! Gleichzeitig können und müssen die Arbeitskräfte, das Know-How, zum Aufbau eines neuen Energiesystems genutzt werden.

- Für den sofortigen Rücktritt der Regierung!
- Für die sofortige Enteignung aller Energiekonzerne!
- Für die Gründung von Arbeiterräten, die die enteigneten Kraftwerke und die Infrastruktur kontrollieren und verwalten!
- Für den sofortigen Entwurf eines Plans - aufgestellt, kontrolliert und verabschiedet von den Arbeiter_innen, organisiert in Räten - zum Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohlekraft zum schnellstmöglichen Zeitpunkt und der Umstellung auf erneuerbare Energien!

Bei der Mobilisierung der Arbeiterklasse spielen heute die Gewerkschaftsführungen eine besondere Rolle, die ihrer Aufgabe nicht nur nicht nachkommen, sondern diese bewusst sabotieren und dagegen arbeiten. Wir fordern die Gewerkschaftsführungen auf, für die Teilnahme an den Anti-AKW-Aktionen aufzurufen und darüber hinaus für eine Arbeiterkontrolle einzutreten!

One solution - REVOLUTION!



JETZT AUF DIE STRAẞE! FÜR DIE ENTEIGNUNG ALLER ENERGIEKONZERNE!

Libyen: Nein zur UN-Flugverbotszone, nein zur imperialistischen Intervention!

Gastartikel von Martin Suchanek (Gruppe Arbeitermacht)



Bild: linksunten.indymedia.org / Rote Antifa

Mit 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen hat der UN-Sicherheitsrat am 17. März die Errichtung einer Flugverbotszone und weitere Sanktionen über Libyen beschlossen. Das Mandat verbietet zwar den Einsatz von Bodentruppen, erlaubt aber Luftangriffe je nach Interpretation der Lage durch einzelne Staaten bzw. Militärallianzen wie die NATO. Französische Zeitungen berichten, dass ein Militärschlag in den nächsten Stunden beginnen könnte, während sich Britannien und die USA bedeckt halten. In jedem Fall haben die imperialistischen Staaten und ihre Verbündeten freie Hand zur direkten militärischen Intervention. Damit ist der Sicherheitsrat den Hardlinern in der EU und im Westen gefolgt, allen voran Frankreich und Britannien. Entscheidend ist, dass die USA diese Initiative unterstützt haben. Sie stellen letztlich die entscheidende Kraft im imperialen Dreierverbund dar, der nun seine Aktionen eng miteinander absprechen will.

Warum votierten USA, Frankreich, Britannien für den Luftschlag?

Es ist kein Wunder, dass gerade diese drei imperialistischen Mächte für den Luftschlag zum *„Schutz der Zivilbevölkerung“* votierten. Vordergründig geht es dabei darum, Gaddafi und seine Milizen daran zu hindern, die eigene Bevölkerung zu massakrieren. Das ist natürlich reiner Hohn. Als das Regime in Tripolis stabil war, war der libysche Machthaber, wie er selbst erklärt, enger Freund Sarkozys. Vor allem aber half er, die Interessen der Ölkonzerne zu sichern, unterstützte den Krieg gegen den Irak und zeigte wenig Skrupel, tausende, wenn nicht hunderttausende afrikanische Flüchtlinge an der Einreise in die EU zu hindern. Dafür wurde er hofiert und mit moderner Technik ausgerüstet.

Wie verlogen das *„Menschenrechtsargument“* ist, zeigt auch die Lage in Bahrain, wo die saudischen Truppen die reaktionäre Monarchie mit blutiger Gewalt stützen – mit stillschweigender Zustimmung der USA.

In Libyen ist der ehemalige Verbündete und imperialistische Büttel – wie zuvor schon Mubarak – lästig, wenn nicht *„untragbar“* geworden. Untragbar nicht deshalb, weil der ehedem gern gesehene Staatsgast plötzlich ganz anders geworden wäre, sondern weil ihm die Sicherung imperialistischer Interessen in *„seinem“* Land und dessen dauerhafte Befriedung nicht mehr zugetraut werden.

Dass Frankreich, Britannien und die USA an vorderster Front mit ihrem Eingreifen stehen, hängt vor allem damit zusammen, dass diese imperialistischen Staaten am meisten an politischem Einfluss im Nahen Osten und Nordafrika zu verlieren haben. Frankreich sieht Nordafrika als traditionelle und eine seiner wenigen ver-

blieben Einflusssphären, wo es eine tonangebende Rolle spielen kann.

Die USA und ihr Hauptverbündeter Britannien sind am engsten mit der bestehenden imperialistischen Ordnung der gesamten Region verbunden. Das erklärt umgekehrt, warum sich China, Russland und Deutschland im Weltsicherheitsrat der Stimme enthielten. Ihre imperialistischen Interessen sind andere. Sie wollen nicht auf Gedeih und Verderb an die US-Politik gebunden sein und letztlich als deren Marionetten erscheinen (was für die französische und britische Nahostpolitik letztlich der Fall sein wird).

Sie wissen um die enormen Risiken dieser Politik – beginnend mit den militärischen Problemen eines möglichen *„zweiten Irak“*. Vor allem aber wissen sie, dass die militärischen Probleme keineswegs die Hauptschwierigkeit der Politik der USA, Frankreichs, Britannien darstellen. Das eigentliche Problem ist der wirtschaftliche Niedergang dieser imperialistischen Staaten, v.a. der USA. Ihre Fähigkeit, eine Neuordnung der Welt zu organisieren, steht daher auf tönernen Füßen.

Das zeigt sich schon, wenn die Frage nach dem längerfristigen Ziel der Intervention, der UN-Resolution erhoben wird. Soll ein Waffenstillstand samt eventueller Teilung des Landes erzwungen werden? Soll Gaddafi militärisch gestürzt werden - wenn ja, so wird das einen Angriff auf Tripolis mit Bodentruppen, einen imperialistischen Einmarsch und ein blutiges Massaker erfordern. Wenn nein, dann muss ein Kompromiss, eine Neuverteilung der Macht zwischen den FührerInnen des Aufstandes und der Gaddafi-Clique gefunden werden (mit oder ohne Gaddafi selbst). Das wiederum ist – wie eine Teilung des Landes – nur möglich, wenn die aufständischen Massen in Libyen demobilisiert werden, weil deren politische und soziale Hoffnungen, die an den Kampf gegen das Regime geknüpft sind, für einen solchen Kompromiss notwendigerweise geopfert werden müssen. Oder besteht das Ziel einfach darin, eine militärische Dauerpräsenz in Libyen zu errichten, sobald ein Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsseiten erzwungen wurden?

Gemeinsam ist den USA, Britannien und Frankreich nur eines: das Kriegsziel *„Befriedung und Stabilisierung“* der Lage, das Ziel, einen möglichst großen Einfluss auf eine Neuordnung des Landes zu erringen – eine gemeinsame Vorstellung, wie eine politische Neuordnung des Landes aussehen soll, gibt es nicht.

Die fünf Länder, die sich der Stimme enthalten haben, allen voran Deutschland, Russland, China haben sich realpolitisch und opportunistisch verhalten. Einer imperialistischen Intervention anderer Mächte wollten sich die drei nicht offen entgegenstellen, offen unterstützen wollen sie sie aber auch nicht. Wie alle andern riefen sie zu *„Ausgleich“* und *„Change“* auf und halten sich ansonsten alle Optionen offen.

Die Reaktion der Massen

Die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates, eine Flugverbotzone über Libyen zu errichten und Militärschläge gegen das Land zu legitimieren, stößt bei den arabischen Massen heute auf Zustimmung. Wie die Aufständischen in Bengasi interpretieren sie die UN-Resolution als eine Unterstützung ihres Kampfes. Genau darin liegt aber die tragische Illusion, die noch dadurch genährt wird, dass die *„Arabische Liga“* und die UN dieses Mandat durchgeführt haben. Dabei ist die Arabische Liga wenig mehr als ein Instrument pro-imperialistischer, reaktionärer Potentaten, die *„bestenfalls“* tönerne Resolution verabschieden, seit Jahrzehnten jedoch nichts zuwege bringen, wenn es z.B. um die Befreiung der palästinensischen Volkes gegen die zionistischen Unterdrücker geht.

Die UN ist ein Instrument des Imperialismus, das sich mit der illusionären Fassade schmückt, die *„Weltgemeinschaft“* zu repräsentieren. Mandate und Beschlüsse, die irgendeine praktische Geltung haben, gibt es nur, solange es den Interessen der Großmächte dient.

Ein Eingreifen der USA, Frankreichs, Britanniens kann sich also auf ein *„humanitäres“* Mandat und ungewöhnlich große Zustimmung durch die arabischen Massen stützen.

Es ist unvermeidlich, dass diese Illusionen an der harten Realität und dem Zynismus der imperialistischen Politik – siehe nur Bahrain oder Palästina – zerbrechen werden. Auch in Libyen wird eine verstärkte Intervention der Großmächte unvermeidlich dazu führen, dass die sozialen Verhältnisse des Landes – Monopol der Großkonzerne an den Rohstoffen gegen Brosamen für ihre libyschen Verbündeten, zunehmende soziale Ungleichheit, Perpetuierung reaktionären gesellschaflichter Verhältnisse wie die Unterdrückung der Frauen, der *„Clans“* usw. – nicht überwunden, sondern nur gefestigt werden.

Die entscheidende Frage ist aber: Gelingt es den libyschen und generell den Massen in der arabischen Welt, diese Illusionen zu überwinden, bevor sie sich in einen Strick um ihren Hals verwandelt haben, der mithilft, die imperialistische Herrschaft in der Region zumindest kurzfristig zu stabilisieren.

Perspektive

Daher müssen die ArbeiterInnen und

alle Unterdrückten auf der ganzen Welt jede Intervention der USA, Britanniens, Frankreichs und ihrer Verbündeter auch unter US-Mandat strikt ablehnen und bekämpfen!

Der Sieg der libyschen Revolution kann nicht durch die Luftschläge und politische Neuordnung durch die Imperialisten erreicht werden, sie soll dadurch vielmehr politisch instrumentalisiert und enthauptet werden.

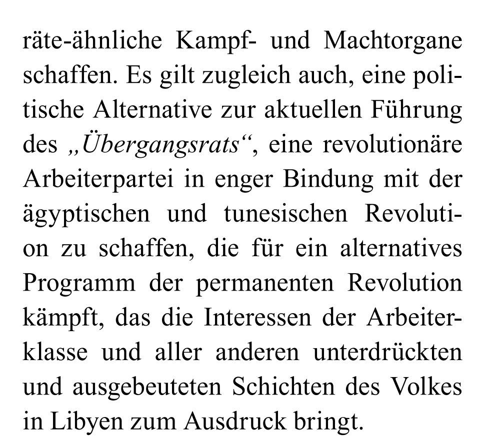
Zur Unterstützung der Aufständischen sind Freiwillige aus den arabischen Staaten notwendig, personelle und materielle



Unterstützung aus diesen Ländern. Eine imperialistische Intervention bedeutet, dass die USA, Frankreich, Britannien letztlich zum Schiedsrichter im Bürgerkrieg in Libyen werden. Luftschläge könnten der Vorbote zu einer Bodeninvasion, zu einer Besetzung des Landes werden. Im schlimmsten Fall – von dem wir durchaus noch weit entfernt sind – könnten die Aufständischen zu einer Bodentruppe der Imperialisten degenerieren. In jedem Fall bedeutet es, dass die westlichen Großmächte die politische Ordnung im Land maßgeblich bestimmen werden und ihre Kontrolle auch die Rohstoffe des Landes noch größeren werden kann. Schließlich geht es in bei allem humanitären Gerade auch darum, zu verhindern, dass Flüchtlinge nach Europa kommen.

Zur Verhinderung eines solchen Szenarios gibt es nur eine Möglichkeit - Aufklärung über und Entlarvung der wirklichen politischen Ziel der Imperialisten und der revolutionäre Kampf gegen das Gaddafi-Regime und die anderen arabischen Despoten von Bahrain bis Riad.
Die Aufständischen dürfen sich nicht zum Spielball der USA, Frankreichs, Britanniens, der UN oder der NATO machen lassen. Das heißt einerseits, dass die Führung des Aufstandes in Bengasi - so der in sich heterogene „Nationale Übergangsrat" – den Massen selbst Rechenschaft legen und unter deren Kontrolle gebracht werden muss. Er muss diese bewaffnen, alle wesentlichen Tagungen, Entscheidungen und etwaigen Abmachungen müssen offengelegt und von den Aufständischen – v.a. den ArbeiterInnen und Jugendlichen in Bengasi u.a. *„Rebellenstädten"* – getroffen werden.

Dazu sind die Bildung von demokratischen, räteartigen Strukturen als von den Massen kontrolliertes Organ und die Schaffung einer Miliz unter deren Kontrolle dringend notwendig. Diese sind gleichzeitig auch die beste Form, um einen etwaigen Ansturm von Gaddafis Truppen abzuwehren und gleichzeitig den eigenen Kampf zu organisieren, also die Führung des Kampfes zu übernehmen. Entscheidend wird es außerdem sein, dass die Aufständischen nicht nur



räte-ähnliche Kampf- und Machtorgane schaffen. Es gilt zugleich auch, eine politische Alternative zur aktuellen Führung des *„Übergangsrats"*, eine revolutionäre Arbeiterpartei in enger Bindung mit der ägyptischen und tunesischen Revolution zu schaffen, die für ein alternatives Programm der permanenten Revolution kämpft, das die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen unterdrückten und ausgebeuteten Schichten des Volkes in Libyen zum Ausdruck bringt.

Die Revolution in Libyen ist nun an einem Wendepunkt angelangt. Die drohenden Militärschläge der USA, Frankreichs, Britanniens müssen von uns mit allen Mitteln bekämpft werden!

In den imperialistischen Staaten – allen voran in Frankreich, Britannien und den USA – müssen die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterklasse die Solidarität mit der arabischen Revolution damit verbinden, jetzt Massendemonstrationen gegen die Angriffe zu organisieren und eine Bewegung aufzubauen, die die imperialistische Intervention auf der Straße und durch politische Streiks stoppt. Die Drohung von Luftschlägen und einer verstärkten imperialistischen Intervention bedeutet aber nicht, dass der Volksaufstand in Libyen – integraler Teil der Revolution im Nahen Osten und Nordafrika – seinen progressiven Charakter verloren hat. Wir bekämpfen die imperialistische Intervention nicht, weil Gaddafi nach dem UN-Beschluss zum „Anti-Imperialisten" mutiert wäre. Wir bekämpfen sie vielmehr, weil die imperialistische Intervention v.a. das Ziel verfolgt, eine revolutionäre Entwicklung in Libyen wie im ganzen arabischen Raum zu brechen.









Kontakte REVOLUTION

germany@onesolutionrevolution.de
oder direkt: [stadt]@onesolutionrevolution.de

Berlin >>> Freiburg >>> Hamburg
Kassel >>> Stuttgart

Keine Gruppe in deiner Nähe? Wir helfen dir eine Gruppe bei dir zu gründen!
Direkter Kontakt zur Redaktion:
redaktion@onesolutionrevolution.de

Schreib uns!
www.onesolutionrevolution.de

Impressum

V.i.S.d.P. - R. Müller, Greifswalder Str. 12, 10325 Berlin

One Solution - Revo...wer?

Eine Vorstellung

Wer ist REVOLUTION?

Wir sind eine antikapitalistische internationale Jugendorganisation. Wir sind aktiv in verschiedenen europäischen und asiatischen Staaten. Auf unserer Webseite www.onesolutionrevolution.de findet ihr unser Programm, Stellungnahmen, Demoberichte und Artikel von uns. Wir bringen regelmäßig die Zeitung „REVOLUTION“ heraus.

Was macht REVOLUTION?

In Deutschland sind wir aktiv gegen Bildungs -und Sozialabbau, Krieg und Faschismus. In unseren Ortsgruppen machen wir regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen. Wir laden Euch gerne ein bei uns vorbei zuschauen oder mitzumachen – nehmt Kontakt auf über germany@onesolutionrevolution.de!

Was will REVOLUTION?

Hinter dem System von Ausbeutung, Hunger, Krieg und Unterdrückung steht der globale Kapitalismus, die Herrschaft Weniger über die große Mehrheit. Gemeinsam mit Euch wollen wir Kapital und Staat bekämpfen für eine gerechte, solidarische sozialistische Gesellschaft eintreten.

Informiert Euch, nehmt Kontakt auf!

One solution – REVOLUTION!!